

# DER MAHRUF

MITTEILUNGSBLATT FÜR DIE MITGLIEDER DER VVN WESTBERLIN



1886

16. April

1966



Nr. 63  
April 1966

# ERNST THÄLMANN ZUM 80. GEBURTSTAG

Der Lebensweg dieser unbestechlichen geradlinigen Persönlichkeit zeichnet sich aus durch Gemeinschaftssinn, Wärme, Solidarität, Kameradschaftlichkeit und selbstlose Verfolgung der in kritischer Prüfung klar erkannten Ziele, aber auch durch Kompromißlosigkeit und Unversöhnlichkeit mit den Feinden des deutschen Volkes und ihren Helfershelfern.

Ernst Thälmann könnte am 16. April sein 80. Lebensjahr vollenden, wenn er nicht vor beinahe 22 Jahren, nach über elfjähriger Kerkerhaft, von SS-Banditen am 18. August 1944 in Buchenwald heimtückisch ermordet worden wäre.

Seinen Namen kennt wohl ein jeder - aber seine Gegner, die sein Leben auslöschten, taten und tun alles, um auch das Lebenswerk dieses um sein Volk hochverdienten Deutschen herabzusetzen und zu verfälschen. Man muß schon den Lebensweg dieses Mannes vom Hamburger Hafendarbeiter zum hohen Ansehen und Popularität genießenden Führer der fortschrittlichen und revolutionären deutschen Arbeiterschaft kennen, um ihm gerecht werden zu können.

Nur einige Stationen dieses reichen, harten und kämpferischen Lebens sollen hier in Erinnerung gebracht werden: In logischer Konsequenz zu seinem schonungslosen Kampf gegen die inkonsequente und gefährliche Politik der Führer der Arbeiterparteien nach dem ersten Weltkrieg - in dem Ernst Thälmann an der Front stand - bereitete er 1919 in Hamburg die Gründung einer konsequenten Arbeiterpartei vor. 1920 gingen von 44 000 Mitgliedern der USPD in Hamburg 42 000 mit ihm gemeinsam zur KPD und wählten ihn zu deren Vorsitzenden in Hamburg.

In den Tagen des Hamburger Aufstandes im Oktober 1923 verteidigten Ernst Thälmann und seine Mitkämpfer die Ehre der deutschen Arbeiterklasse. Die wichtigste Lehre aus diesem Kampf war für ihn die Schaffung einer "eisernen, völlig geschlossenen, restlos verschmolzenen, unbedingt disziplinierten Partei". Mit seiner Wahl zum Vorsitzenden der Kommuni-

stischen Partei Deutschlands im Oktober 1925 war diese Lehre in die Tat umgesetzt.

Eines der Hauptverdienste Ernst Thälmanns ist es, als erster deutscher Arbeiterführer die Theorien und Lehren Lenins im Kampf der Arbeiter in Deutschland konsequent angewandt zu haben. Er erkannte den Unwert pazifistischer Illusionen und schuf daher folgerichtig, der damaligen Situation angemessen, eine Schutzorganisation der um ihre Rechte kämpfenden revolutionären Arbeiterschaft, den Roten Frontkämpferbund.

1930 verkündete Ernst Thälmann das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung. Sein Kern beruhte auf der Erkenntnis, daß der Kampf um die nationale Befreiung nur auf dem Boden des proletarischen Internationalismus mit Erfolg geführt werden kann. Hätte die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit diese Erkenntnis beherzigt, dann wäre dem deutschen Volk die Hitler-Diktatur und der Welt das Grauen des 2. Weltkrieges erspart geblieben.

Ernst Thälmanns so berechnete Warnung "Hitler - das ist der Krieg" erfuhr nicht die Würdigung, die sie verdient hätte. Seine wiederholten Angebote zum gemeinsamen Handeln aller organisierten Schaffenden wurden von den damaligen SPD-Führern rigoros zurückgewiesen. Das Ergebnis dieser unheilvollen Zersplitterung der demokratischen, den Frieden verteidigenden Kräfte war der Durchbruch der von den Konzernmächtigen großgepöppelten Hitler-Diktatur mit ihrem Terror im Innern, ihrer Aufrüstung und ihrem verbrecherischen aggressiven Programm, endend im zweiten Weltkrieg mit all seinen Opfern und Leiden für die Völker.

Doch Ernst Thälmanns Kampf und Opfer waren nicht vergeblich. Sein Programm, das Ziel seines Kampfes sind in der Deutschen Demokratischen Republik, im ersten Arbeiter- und Bauern-Staat auf deutschem Boden Wirklichkeit geworden. Ein Teil Deutschlands hat sich eine sozialistische Ordnung erkämpft und er- ▷

# Wir fordern Verbot der NPD-Kundgebung

Die VVN Westberlin wandte sich am 5. April an den Senator für Sicherheit und Ordnung, Herrn Heinrich Albertz, mit dem nachfolgenden Schreiben:

Wie aus Pressemeldungen bekannt wurde, will die neonazistische NPD am 15. d. M. eine öffentliche Kundgebung durchführen.

Über den antidemokratischen Charakter und die Zielsetzung dieser Partei besteht bei den demokratischen Kräften unserer Stadt kein Zweifel. In ihrem Gründungsaufwurf im Jahre 1964 forderte diese Partei ein "neues Reich" und "die Gesundung Deutschlands", den Anspruch "auf Gebiete, in denen das deutsche Volk seit Jahrhunderten gewachsen ist".

Von 18 Vorstandsmitgliedern der NPD gehörten 12 der berüchtigten Nazipartei an. Sie waren sogenannte alte Kämpfer und hatten einflußreiche Positionen in den Naziorganisationen.

Die NPD ist eine getarnte neofaschistische Organisation, die den Geist der Revanche betreibt, sich gegen die Bewältigung der nazistischen Vergangenheit stellt und die nationalistischen Leidenschaften hochpeitscht.

Die Existenz dieser Partei steht im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen und der Verfassung unserer Stadt. Sie ist eine Gefahr für die Demokratie, schadet dem Ansehen unserer Stadt und stört das friedliche Zusammenleben der Völker.

Die politische Tätigkeit der NPD und die jüngsten Wahlerfolge dieser Partei in einigen Ländern der Bundesrepublik haben zu Recht besorgte Kommentare der in- und ausländischen Presse ausgelöst.

Die politischen Brandstiftungen, das Schmieren von Hakenkreuzen und antisemitischen Losungen, die Bedrohungen von Bürgern unserer Stadt durch neofaschistische Elemente sind eine ernste Warnung für alle Demokraten, endlich diesen Feinden der Demokratie entschlossen entgegenzutreten.

Die Feinde der Demokratie, des Humanismus und der Völkerverständigung darf man niemals mehr gewähren lassen. Das ist eine Verpflichtung aller Demokraten, aller Antifaschisten gegenüber den Millionen Toten des nazistischen Unrechtsstaates, des Rassenwahns und des Völkermordens.

Im Namen der Freiheit und Demokratie, in Wahrung unserer Verpflichtung als ehemalige Widerstandskämpfer und Verfolgte des Naziregimes, richten wir an Sie, Herr Senator, das Ersuchen, die für den 15. April d.J. geplante öffentliche Kundgebung der NPD zu verbieten und andere Veranstaltungen dieser Partei in Zukunft zu verhindern.

arbeitet, die von niemanden mehr ungestraft angetastet werden kann. Es steht außer Frage, daß die weitere Entwicklung dieser gerechten und friedliebenden Ordnung wegweisend für das ganze deutsche Volk sein wird. Sie ist es schon heute und bleibt entscheidend für den friedlichen Bestand der deutschen Nation, für ein besseres Leben des deutschen Volkes in Freundschaft mit den anderen Völkern, für eine sinnvolle Existenz jedes Deutschen in sozialer

Gerechtigkeit, frei von Ausbeutung und Unterdrückung, von Terror und Krieg. Das schließlich waren die Ziele, für die Ernst Thälmann seine ganze Kraft, seine Liebe und sein Leben hingab. - - In wohl allen Ländern der Welt werden am 16. April viele Millionen Menschen dieses großen Deutschen in Verehrung und Dankbarkeit gedenken, in vielen Ländern werden die Erinnerungsstätten, Straßen und Häuser, die seinen Namen tragen, mit Blumen geschmückt sein.



# Keine Hilfe für den ungerechten Krieg in Vietnam!

- Entschliebung des Präsidiums der VVN vom 1. März 1966 -

Der Krieg in Vietnam belastet in immer stärkerem Maße die Weltpolitik. Seine Ausweitung durch Angriffe amerikanischer Bombenflugzeuge auf Nordvietnam und Laos verschärft die Spannung zwischen den Großmächten und beschwört die Gefahr eines dritten Weltkrieges und damit die Katastrophe eines atomaren Weltbrandes herauf.

Das würde auch für unser Land das Ende sein.

Die Widerstandskämpfer und Verfolgten des Naziregimes, die sich stets für Verhandlungen zur Beilegung von Konflikten einsetzen, fordern daher entschieden die sofortige Beendigung der amerikanischen Intervention in Vietnam und Beachtung des Genfer Abkommens von 1954.

Wir wollen nicht, daß Deutsche erneut an Unrecht teilnehmen. Das Präsidium der VVN wendet sich deshalb gegen alle Versuche, durch Hilfeleistungen technischer und militärischer Art aus der Bundesrepublik den amerikanischen Krieg und damit das Regime in Südvietnam zu unterstützen, dessen Staatschef offen und schamlos Hitler als Vorbild preist. Die Gefahr ist groß, daß ein Eingreifen, sei es durch Entsendung eines Lazarettschiffes oder sogenannte Baudivisionen, eine ähnliche Situation schafft, wie seinerzeit die Mitwirkung der "Legion Condor" an den Verbrechen gegen die spanische Republik.

Unsere Sorge wird durch Veröffentlichungen der der Bundeswehr nahestehenden "Wehrkunde" vertieft. Diese Zeitschrift nennt die Anwendung von Gas einen "Zug von Menschlichkeit". Sie bezeichnet die amerikanische Intervention als "verdeckten Krieg". Den Kampf der Nationalen Befreiungsfront Vietnams verunglimpft sie als "Bandenkampf".

Wo so zynisch über Verbrechen gesprochen und der Freiheitskampf eines Volkes im Nazijargon in sein Gegenteil verkehrt wird, hegen wir stärkste Befürchtungen auch für unser geteiltes Deutschland. Die wiederholt geäußerte Absicht, durch eine militärische Unterstützung der amerikanischen Aggression in Vietnam im Tausch Atomwaffen für die Bundeswehr einzuhandeln, würde die Kreise stärken, die das Deutschlandproblem auf "vietnamesische Weise" zu lösen gedenken, und zu einem verschärften Abbau der demokratischen Freiheiten in der Bundesrepublik führen.

Die in früheren internationalen Verträgen gesetzten Normen des Völkerrechts, die die Vereinigten Staaten in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen feierlich bekräftigten, werden jetzt in Vietnam von den USA gebrochen (Verstoß gegen Art. 6 Abschnitt a - Verbrechen gegen den Frieden - und b - Kriegsverbrechen - des Nürnberger Statuts). Mit der Bombardierung von Zielen in Nordvietnam wird weiter die UNO-Charta verletzt. (Art. 2, Abs. 4).

Die Interessen des deutschen Volkes erfordern die Ablehnung des amerikanischen Ansinnens auf irgendwie geartete Hilfe in diesem ungerechten Krieg.

Das Präsidium der VVN appelliert an Bundestag und Bundesregierung, im Sinne des Grundgesetzes, das Friedenspflicht gebietet, auf die Regierung der USA einzuwirken, die 1954 im Genfer Abkommen vorgesehene Lösung des Vietnam-Problems zu respektieren und durch Einstellung der Bombenangriffe eine Voraussetzung für die Beendigung des Krieges zu schaffen. Kein Soldat der Bundeswehr, kein Bürger der Bundesrepublik darf für die Verbrechen in Vietnam mißbraucht werden!

# Die Sprache der Mörder von morgen

- Die Reaktion auf eine von Verantwortung getragene Protestaktion -

Der jetzt in Westberlin lebende Maler Arie Goral, ein Verfolgter des Naziregimes, hatte in der letzten Woche der hier bis Ende Februar gezeigten Auschwitz-Ausstellung vor dem Gebäude in der Jebensstraße am Bahnhof Zoo mit einem umgehängten Plakat gegen die noch immer geduldete Verbreitung der berüchtigten "Deutsche National und Soldaten-Zeitung" protestiert, die unter anderem mehrfach die Millionen Opfer des Nazismus öffentlich verleumdet und beleidigt hat. Verschiedene Zeitungen hatten darüber in Wort und Bild berichtet, ohne sich jedoch diesem berechtigten Protest mit gebotenen Nachdruck anzuschließen.

Eine der Reaktionen auf diese persönliche Initiative eines Verfolgten war folgender (anonymer) Brief:

"Herr" Goral! Rheine, d.26.2.66  
Sie werden entschuldigen, daß ich meinen Namen nicht nenne. Aber ich muß (leider!!!) aus Rücksicht auf meine gesellschaftliche Position anonym bleiben. Sowas nennt sich "Demokratie", man darf ja nicht einmal seine Meinung sagen, ohne in Gefahr zu geraten sich unglücklich zu machen! Armes Deutschland!! Ihnen nun mit üblen Beschimpfungen zu kommen, wäre primitiv! Ich darf Ihnen nur meine zutiefst empfundene Abscheu über Sie zum Ausdruck bringen! Daß Sie es als Jude wagen, gegen einen DEUTSCHEN zu polemisieren ist doch wohl eine riesen Schweinerei! Habt Ihr Juden denn immer noch nicht genug? Wenn es auch keine 6 Millionen waren, (leider!!!), so sollte Ihnen das eine Warnung sein! Verlassen Sie sich darauf, es kommt der Tag, an dem man mit Euch endlich abrechnen wird! Ich würde für diesen Tag ein Bein oder einen Arm geben! Daß Ihr Judenpack doch immer nur Krach machen müßt. Merkt euch endlich, für Euch ist kein Platz im Deutschen Reich! Leider hat man bei der Endlösung zu langsam gearbeitet! Hätte ich damals lange genug (erst 2 Jahre) gelebt, dann wäre es bestimmt schneller gegangen!

Ich habe hier schon eine beträchtliche Schar Gleichgesinnter um mich gesammelt. Sie alle wünschen Ihnen die Pest an den Hals, sie werden Sie bald mal besuchen kommen!

SS Heil Hitler!  
gez. ein Deutscher

Arie Goral gab in diesem Zusammenhang folgende Erklärung ab:

"Im Zusammenhang meiner Auseinandersetzung mit Ungeist und Zielsetzungen der DEUTSCHEN NATIONAL- UND SOLDATEN-ZEITUNG bekam ich von einigen Redaktionen sehr freundliche Schreiben zugeschickt, in denen man mir zu erklären versucht, warum die Redaktion selbst jeweils sich einer kritischen Äußerung enthalte. Im Fazit stimmten die Begründungen fast alle darin überein, daß es sich nicht lohne, die DNZ durch eine Stellungnahme sozusagen aufzuwerten. -

Ich halte diesen Standpunkt für völlig falsch, da er politisch und auch publizistisch nicht den Kern der Sache trifft, abgesehen davon, daß unabhängig von dieser redaktionellen Abstinenz diese Zeitung seit Jahr und Tag systematisch von solchen Kreisen und "Mitarbeitern" aufgewertet wird, die diese Kollaboration offensichtlich als selbstverständliche "Ehrensache" betrachten. Im übrigen ist es bei dieser notwendigen, unausbleiblichen und sich ohnehin noch präsentierenden Auseinandersetzung irrelevant, was durch eine Stellungnahme angeblich noch mehr "aufgewertet" wird oder nicht.

"Nicht sein kann, was nicht sein darf", hat erwiesenermaßen schon einmal vor der Realität sich als verhängnisvolle Fehleinschätzung erwiesen.

Wer in dieser Auseinandersetzung absentiert, maßt sich eine "wertfreie" Position des Abwartens an, die nach allem Geschehenen keinem, aber auch

# Selbstzeugnisse der „DNZ“

Bei den am 13. März abgehaltenen Gemeindewahlen in Bayern erlangte die neofaschistische NPD in verschiedenen Städten Frankens (das war einst die Domäne des in Nürnberg gehenkten Gauleiters und "Stürmer"-Herausgebers Julius Streicher) bedeutenden Stimmenzuwachs. Zum Beispiel in Bayreuth 10,6 und in der Universitätsstadt Erlangen 9,5 Prozent der Wählerstimmen. Das ist ein Beweis für die anwachsende Sammlung der Nationalisten, Militaristen, Faschisten und Antisemiten, die bisher von der Bundesregierung bestritten und bagatellisiert wurde. Leib- und Magenblatt dieser Kreise ist die in München erscheinende "Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung", die ihre Auflage in den letzten Monaten beträchtlich, auf 85 000 Expl. steigern konnte.

Wie sicher diese Nachfahren Streichers sich heute in der Bundesrepublik fühlen, dafür geben sie in ihrem Organ allwöchentlich Selbstzeugnisse ab. So heißt es in der Ausgabe der "DNZ" vom 25. Februar auf Seite 10: "Die Durchbruchschlacht 1966 der NATIONAL ZEITUNG ist auf breiter Front in vollem Gange. (Man beachte die militaristische Terminologie; d. R.) Es geht darum, unserem Volk die Wahrheit zu bringen und ihm zu seinem Recht zu verhelfen. (Das hatte auch Hitler versprochen; d. R.) Der Ausgang der Schlacht wird durch Sie, lieber NATIONAL ZEITUNG-Leser, entschieden. Verdoppeln und verdreifachen Sie ihre Anstrengungen, um die NATIONAL ZEITUNG zur führenden Zei-

▷ keinem zusteht, zumal diejenigen in eine Isolierung durch ein Still-schweigen manövriert, die mit wohl-begründeten Argumenten ein Engage-ment eingehen. Wie will man auch m o r a l i s c h verantworten, daß die ehemals Verfolgten und Angehörigen von Gemordeten sich Woche für Woche mit den Beleidigungen und Verunglimpfungen der DNZ abfinden müs-sen, nur weil die Umwelt sich wieder einmal indifferent verhält? Ist man sich über die möglichen Folgen im klaren? Eine dieser Folgen ist ein solcher Brief in der Sprache der Mörder von morgen. Es ist nur einer unter vielen. Es sind die Früchte der Saat, die die DNZ auswirft, aber nicht nur sie...

Und dazu schweigt man ?

Arie G o r a l

tung ganz Deutschlands zu machen..."

Über welche beträchtlichen Mittel dafür diese Wegbereiter in die Dik-tatur offensichtlich verfügen, er-gibt sich aus der Ankündigung auf Seite 9:

"Auch heute sind 12 Mark ein schönes Geld. Für jeden gewonnenen Jahres-Abonnenten zahlen wir Ihnen diesen Betrag in bar oder geben Ihnen einen Buchgutschein über 20 Mark..."

In dem Buchangebot auf der Anzeigen-seite findet man dann auch fast die gesamte nach dem Kriege erschienene "Literatur" aller Feinde der Demokra-tie, in den Preislagen von DM 12,80 für das "Deutsche Soldatenjahrbuch 1966" bis zu Hoggans geschichtsfäl-schendem Machwerk "Der erzwungene Krieg" zum stattlichen Preise von DM 48,-.

Und in einem demagogischen Angriff auf die "Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland" findet man auf Seite 5 folgenden Passus: "...Aber nein, die NATIONAL ZEITUNG soll zum Staatsfeind, einer neuen Abart des Volksschädlings, gestem-pelt werden, obwohl unsere ganze Sorge dem Wohl dieses Staatswesens gilt. Wir können vielleicht in der Beurteilung politischer Vorgänge ein-mal irren, niemals aber sind wir g e - g e n unseren Staat angetreten, im-mer f ü r ihn. (Sie wissen ge-nau warum; d. R.)

Wir sollen zu Rechtsbrechern gestem-pelt werden, obgleich in unserem Denken und Handeln der Rechtsstaat-lichkeit höchster Rang zukommt. Man hat uns in den vergangenen 15 Jahren mit weit mehr als hundert Strafan-

zeigen traktiert, aber nicht in einem einzigen Fall ist es auch nur zur Erhebung der Anklage gekommen, weil nicht unser Tun rechtswidrig war, sondern das Ansinnen der Anzeigerstatter. Kein deutsches Gericht hat sich in den vergangenen 15 Jahren trotz ungeheuren Drucks zur Beschlagnahme auch nur einer einzigen Ausgabe der NATIONAL ZEITUNG breit schlagen lassen..."

Ja, so ist es: "Kein (west-)deutsches Gericht hat sich...breitschlagen lassen" - sitzen doch noch immer viele Gesinnungsfreunde der "DNZ in diesen Gerichten, darunter welche, die 50 und mehr rechtswidrige Todesurteile auf dem Gewissen haben, und andere, die vielfache Nazi-mörder freisprechen oder mit Bagatellurteilen begünstigen. Und in den Ministerien und Länderverwaltungen sitzen ebenfalls viele "Freunde" in den maßgeblichen Amtssesseln, und d e s h a l b fühlen sich die Verleumder aller Widerstandskämpfer und Naziopfer so sicher, deshalb kann dieses die Demokratie unterwühlende und den Frieden bedrohende Organ Woche für Woche erscheinen und immer dreister werden!

Daß es rechtlich möglich und unkompliziert ist, dieses Blatt auszuschalten, lehrt ein österreichisches Beispiel: Dort hat ein Wiener Schöffenricht die "DNZ" wegen Verunglimpfung österreichischer Widerstandskämpfer verurteilt und die beschlagnahmten Exemplare für verfallen erklärt. In der dortigen Verhandlung erklärte der Staatsanwalt sehr zu Recht: "Leider kriechen die Ratten wieder aus den Löchern, in die sie sich unter der Devise 'Ich weiß von nichts, ich war nicht dabei' verkrochen hatten".

Dieses Beispiel zeigt, daß nicht die Gesetze ausschlaggebend sind, sondern die Gesinnung und Handlungsweise der mit ihrer Wahrung beauftragten Staatsanwälte und Richter. Wen wundert es da, wenn die Herren von der "DNZ" alle demokratischen Einrichtungen offen verhöhnen und in ihrem Auftreten immer frecher werden können? - Wann endlich gedenken die politisch Verantwortlichen hiergegen wirksame Maßnahmen zu ergreifen?

## *"Nazi-Ideologie gewinnt an Boden"*

Unter diesem Titel berichtete die "Süddeutsche Zeitung" über den Jahresbericht der Bonner Regierung für 1965, in dem eine 'Zunahme der organisierten Form des Rechtsradikalismus' eingestanden wird. Aus diesem Bericht des Ministers Lücke geht hervor, daß die Mitgliederzahl rechtsextremistischer Organisationen 1965 um 6 100 auf 28 600 angestiegen sei, fast die Hälfte davon der NPD angehöre und die Auflageziffern dementsprechender Zeitschriften um 43 800 auf 227 000 angestiegen seien. Die Zahl der nazistischen und antisemitischen Ausschreitungen wird mit 521 angegeben. (1964 waren es 171.) Außerdem wird festgestellt: "Bedrohungen und Brandstiftungen gegen Persönlichkeiten wegen ihrer Äußerungen zur Frage der deutschen Ostgrenzen nehmen zu."

Das Organ des DGB "Welt der Arbeit" schrieb dazu u.a.: "...Der rechtsradikale Ungeist klingt ab", hat der ehemalige Bundesinnenminister Höcherl festgestellt, als er im vorigen Februar seinen Bericht... vorlegte. Im Jahresbericht 1965... muß der jetzige Innenminister Lücke das Gegenteil feststellen..."

Das größte Organ der Grundbesitzer, die "Norddeutsche Hausbesitzer-Zeitung", brachte einen Artikel des Direktors des Hausbesitzerverbandes, Hermann Hartmann, (ehem. NS-Funktionär), in dem dieser den Kieler Korrespondenten des NDR-Fernsehens angreift, weil er eine Meinungsumfrage über den Lücke-Plan, also über die Absicht auch in Kiel den Mieterschutz aufzuheben, durchführte. Der Exnazi Hartmann erklärte dazu: "Um es einmal ganz offen auszusprechen: Im Dritten Reich wurde solchen Leuten auf die Finger geklopft, die die Volksgemeinschaft störten." - Dazu schrieb die DGB-Presse: "Aus diesem Artikel spricht die Sehnsucht nach Hitler, nach der 'guten alten Zeit' des Terrors im Dritten Reich."

## —AKTUELLES IN KÜRZE—

### In Sachen Lübke

Das Präsidium der VVN wandte sich mit dem Ersuchen an den Bundestag, die Vergangenheit des Bundespräsidenten Lübke durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß überprüfen zu lassen. In dem Schreiben heißt es u.a.: "...Den Mitgliedern unserer Vereinigungen, die selbst Häftlinge der Konzentrationslager waren oder Hinterbliebene der dort Umgekommenen sind, erscheint es unverstündlich und tief bedauerlich, daß das hohe Amt des Bundespräsidenten von einem Mann eingenommen wird, der offensichtlich der Gewaltpolitik der Speer und Saukel Vorschub geleistet hat. Sicherlich wäre es dem Ansehen der Bundesrepublik dienlicher gewesen, eine in jeder Weise unbelastete Persönlichkeit als Repräsentanten unseres Staates zu berufen..."

### Widerstandskämpfer geehrt

In einer Feierstunde im Münchener Rathaus zeichnete Oberbürgermeister Dr. Vogel zwei Bürger der Stadt mit einer goldenen Erinnerungsmünze aus, die unter dem Nationalsozialismus zahlreichen Verfolgten das Leben gerettet haben.

Ludwig W ö h r l, langjähriger Dachau- und Auschwitz-Häftling, hatte im Krankenbau durch die Beschäftigung von jüdischen Ärzten und Fälschung von Selektionslisten zahlreiche jüdische Häftlinge vor dem Gastod bewahrt. Josef M e y e r war wäh-

rend des Krieges wirtschaftlicher Referent bei der Verwaltung des galizischen Ortes Zloczow. Als die Insassen eines jüdischen Altersheimes evakuiert werden sollten, verbarg er die 40 Insassen, Männer, Frauen und Kinder, und versorgte sie mit Nahrung.

### "Arbeitskreis Bundeswehr"

Die NPD, die bereits über 20 000 Mitglieder hat und in allen Bundesländern sowie in Westberlin über Landesverbände und bereits 271 Kreisverbände verfügt, hat beschlossen, einen "Arbeitskreis Bundeswehr" zu bilden. Er soll die rechtsextremistische Propaganda in die Bundeswehr tragen, bzw. sie dort intensivieren. Die CSU-Zeitung "Deutsche Tagespost" in Würzburg hat bereits auf die "relativ gute Resonanz" dieser faschistischen Propaganda in der Bundeswehr hingewiesen.

### Bundeswehr-Vorbild

In einer neuen Fibel der Bundeswehr wird u.a. geschildert, wie man es vom Feldwebel bis zum General bringt. Als Beispiel dafür wird ausgerechnet der Hitler-Günstling Sepp Dietrich genannt. Auf Seite 501 der Fibel werden seine Daten angeführt: "Ritterkreuzträger, SS-Obergruppenführer, General der Waffen-SS, Kommandeur der Leibstandarte Adolf Hitler" usw. Sepp Dietrich ist für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlich, die von dieser SS-Elite-Truppe begangen

### Wer will mitfahren?

Die VVN Westberlin veranstaltet in diesem Sommer wiederum zwei 14-tägige Gruppenreisen in die CSSR.

1. Reise vom 9. bis 23. Juli in die Niedere Tatra. (3 Tage Prag)
2. Reise vom 20. August bis 3. September in die Hohe Tatra. " "

Reisekosten einschließlich voller Verpflegung, Unterkunft und Anreise nach Prag und zurück mit dem Vindebona-Schnelltriebzug DM 320,-. Die Teilnehmerzahl je Reise ist auf 40 begrenzt. Die Reise in die Niedere Tatra ist fast voll besetzt, für die Fahrt in die Hohe Tatra sind noch mehrere Plätze frei. Interessenten bitten wir, sich baldmöglichst anzumelden. Tel. 6 86 60 06- Sprechstunden Dienstg. 9-17, Freitags 9-18 Uhr.

wurden. Er kam mit einer Bagatell-Strafe davon und kann sich heute auf Treffen der SS-HIAG feiern lassen.

## *Neue Nazi-Jugendzeitschrift*

"Der neue Aufbruch" nennt sich eine Zeitschrift, die neuerdings von dem ehem. SS-Führer Raoul Narath (Köln) und Klaus Jahn (Hannover) herausgegeben wird. In der ersten Ausgabe heißt es u.a.: "...Wir suchen die Harten, die Mutigen, die Charakterfesten, die Selbstlosen und alle Jene, die in ihrem Herzen noch fühlen, daß uns Niederländer, Flamen, Nordfranzosen, Briten und Skandinavier und alle deren Nachfahren in aller Welt näher stehen als Südländer, Slawen oder gar Asiaten und Neger. Im Gegensatz zu anderen Jugendzeitschriften stehen wir keiner politischen Partei besonders nahe, ohne uns deshalb lediglich der Jugendpflege oder der Jugendwohlfahrt zu widmen. Wir haben uns ein hohes volkspolitisches Ziel gesetzt: Die Übernahme der Volksführung durch die Charakterfesten und Selbstlosen..." - Das ist Faschismus und Rassenhetze in Potenz.

## *Forderungen der Studenten*

Der Verband Deutscher Studenten (VDS) hat am 10. März auf seiner Heidelberger Tagung die Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk gefordert. Der VDS bedauert, daß der Weg dazu belastet werde "durch ein ausschließliches Beharren auf unterschiedlichen Rechtsstandpunkten in der Grenzfrage". Der Bundeskongreß des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) beschloß in Mainz, Kontakte zu Studentenorganisationen der DDR aufzunehmen, forderte Aktionen gegen die Vietnam-Politik der USA und distanzierte sich von der Unterstützung des Vietnam-Krieges durch die Bundesregierung.

## *Aggressiver Bundesgenosse*

Der dänische Verteidigungsminister Victor Gram erklärte - laut "Spiegel" vom 7. Feb. 1966: "Man muß sich im-

## *Franco-Terror*

Die VVN Westberlin wandte sich am 15. März mit folgendem Protest an den spanischen Justizminister:

"Mit Bestürzung haben wir von dem am 27. Februar d.J. in Valence abgeschlossenen Gerichtsverfahren erfahren, das mit der Verurteilung von 24 spanischen Patrioten zu sehr langjährigen Haftstrafen endete. Die Härte dieser aus politischen Gründen verhängten Strafen ruft bei jedem rechtlich und humanistisch Empfindenden tiefe Sorge und Empörung hervor.

Unter den dort Verurteilten befindet sich der ehemalige Widerstandskämpfer Timoteo RUIZ SANCHEZ, der zu 18 1/2 Jahren Kerker verurteilt wurde. In Solidarität mit unserem Kameraden RUIZ SANCHEZ erheben wir gegen dessen harte Verurteilung Protest und ersuchen um Revision des gegen ihn in Valence gefällten Urteils!"

mer unsicherer fühlen, Bundesgenosse eines aggressiven Staates zu sein, der die Möglichkeit hat, Schwierigkeiten zu schaffen. Das hat Westdeutschland. Und es gibt auch gewisse Dinge in der westdeutschen Politik, die uns beunruhigen."

## *Mit - und ohne*

Die "Montrealer Nachrichten", ein führendes deutschsprachiges Blatt in Kanada, berichteten, daß "2 500 neue deutsche sogenannte Fachkräfte" in Südvietnam eingetroffen sind. Außerdem beruft sich das kanadische Blatt auf diplomatische Auslandskorrespondenten, denen zufolge die Zahl deutscher Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die sich in Vietnam befinden sollen, infolge privater Anwerbungen ständig steigt. - - Norwegen hat es durchgesetzt, daß an den NATO-Manövern "Winterexpress", die im Gebiet von Bardufoss stattfinden, keine Einheiten der westdeutschen Bundeswehr teilnehmen dürfen.

# Für Freiheit in der „Freien Universität“

Wenn von Freiheit die Rede ist, dann ist es wohl naheliegend, zunächst an die innere politische Freiheit zu denken, wie sie jedem Bürger durch Grundrecht und Verfassung verbürgt wird. Die in Westberlin studierenden jungen Menschen nehmen es damit sehr ernst und sind nicht gewillt, eine willkürliche Beschneidung und zunehmende Einengung dieses demokratischen Grundrechtes hinzunehmen.

Der Versuche dazu mangelt es nicht und seit Jahren wird, vornehmlich an der Freien Universität, erbittert darum gerungen. Etwa seit 1958 wurde eine ganze Reihe politischer Aktivitäten verboten bzw. behindert. Wir nennen davon nur:

1. Eine Meinungsumfrage zur geplanten atomaren Bewaffnung der Bundeswehr.
2. Eine Rede des AStA-Vorsitzenden anlässlich des 10jährigen Bestehens der FU.
3. Unterschriftensammlung gegen die heutige Amtsausübung von belasteten NS-Richtern, -Staatsanwälten und -Ärzten.
4. Scharfe Stellungnahme gegen einen nicht mehr zu verhindernden Offenen Brief des AStA, in dem nach den Gründen für die Entlassung des fortschrittlichen Professors für Publizistik, Hagemann (Münster) gefragt wurde.
5. Einengung eines Forums mit dem Atomkriegsgegner und Nobelpreisträger Prof. Linus Pauling (USA).
6. Eine Sammlung für algerische Studenten und Flüchtlinge i.J. 1962.
7. Vortrag und Diskussion mit dem Schriftsteller Erich Cuby anlässlich des 20. Jahrestages der Befreiung, 8. Mai 1965.

Der bisher schwerste Eingriff in die demokratischen Rechte der Studierenden erfolgte nun nach deren Demonstration gegen den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam am 5. Februar: die Verordnung, den Studenten die universitätseigenen Räume für politische Veranstaltungen generell zu sperren, die gekoppelt war mit der "Abberufung" von Prof. Sontheimer,

dem Beauftragten für die politische Bildungsarbeit, der dieser Verordnung seine Zustimmung verweigerte.

In einer Mitte März abgegebenen öffentlichen Erklärung hat Prof. Dr. Kurt Sontheimer dazu grundsätzlich Stellung genommen. Wir zitieren daraus die folgenden Absätze:

"...An der Universität ist zweifellos politische Bildung vornehmlich Bildung durch Wissenschaft, aber sie kann nicht auf Wissenschaft allein beschränkt bleiben. Es gibt keine politische Bildung ohne Politik. Das wissenschaftliche Studium der Politik zielt auf die objektive, möglichst wertfreie methodisch gesicherte Erforschung politischer Phänomene. Eine politische Bildung ohne die Begegnung mit dem Politischen bliebe ebenso abstrakt und beziehungslos wie eine musische Bildung ohne die Begegnung mit dem Musischen. Die Studenten müssen darum auch Gelegenheit bekommen, mit der Politik konfrontiert zu werden. Dies geschieht am besten dadurch, daß Politiker, Journalisten und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ihre Standpunkte zu kontroversen Themen vortragen und sich der Diskussion mit den Studenten stellen.

Wenn ein Politiker in die Universität eingeladen wird, dann erwartet man von ihm keinen wissenschaftlichen Vortrag, sondern eine politische Rede. Beschränkt man die Hörsäle der Universität auf "wissenschaftliche Veranstaltungen", wie die Senatsrichtlinien das tun wollten, dann kann ein Politiker dort nicht mehr in seiner politischen Funktion auftreten, noch ein politischer Journalist seine Meinung vertreten, denn was sie sagen, ist eine wertbezogene, subjektive Meinungsäußerung.

Erst in der Begegnung mit den durch subjektive Werturteile bestimmten Meinungsäußerungen von Politikern und politischen Kritikern wird politische Bildung - soll sie mehr sein als Wissensvermittlung - möglich. Die von Prof. Hirsch (ein Befürworter der

Gängelungen; d.R.) vorgetragene Unterscheidung zwischen politischer Bildung und politischer Meinungs- und Willensbildung ist absolut künstlich und wirklichkeitsfremd. Nicht nur ist Wissenschaft selbst seit jeher ein wesentliches Element auch der Meinungs- und Willensbildung, es kann umgekehrt ohne die kritische Auseinandersetzung mit den Meinungen und Willensäußerungen politisch Handelnder gar keine Politische Wissenschaft, geschweige denn eine politische Bildung geben. Gerade diese ist stets auch Meinungs- und Bewußtseinsbildung und bliebe ohne sie steril..." -

Diese sachliche Begründung und Verteidigung der politischen Meinungs- und Betätigungsfreiheit unterscheidet sich wohltuend von den "Begründungen" jener, die den akademischen Führungsnachwuchs zum Maulkorbträger im Trend der von Bonn ausgehenden demokratiefeindlichen Bestrebungen degradieren wollen, dem sich leider auch Vertreter des Senats dienstbar erweisen.

Gerade die im Sinne einer freiheitlichen, weltoffenen Demokratie aktiven Studierenden der Westberliner Hochschulen haben deutlich gemacht, daß sie das nicht hinnehmen werden. Ein erster Erfolg ihres Widerstandes ist eine teilweise, wenn auch noch verschwommene Lockerung der Verbotsanordnung. Ihre völlige Aufhebung durchzusetzen entspricht nur verfassungsmäßigem Gebot.

Und im übrigen: Hat man schon einmal auch nur von einem etwa erwogenen Verbot der offen demokratiefeindlichen Exkursionen des "Staatsrechtlers" Prof. Bettermann gehört? Hier scheinen die sonst so wachsamen Ohren der Verantwortlichen taub zu sein.

### *Rüstung kontra Bildung*

Senatsdirektor Ingensand mußte am 7. März zugeben, daß gegenwärtig an der Freien Universität 40 und an der Technischen Universität 30 Lehrstühle unbesetzt sind. Durch die neuerliche drastische Kürzung der Mittel für beide Institute entstehe eine untragbare Situation, erklärte er des weiteren

Dieser Bildungsnotstand, der nun in Westberlin so offen zutage getreten ist, wird im wesentlichen durch die wahnwitzige Rüstung verursacht. Hierzu ein sprechendes Beispiel:

Die Bundesluftwaffe verfügt dank der seinerzeitigen Bemühungen des Herrn Strauß über 700 Starfighter, die je etwa 6 Millionen DM gekostet haben. Mit den Mitteln, die für nur etwa 10 dieser zudem untauglichen Kriegsflyer vergeudet wurden, also mit der Summe von 60 Millionen DM, könnte der gesamte Bildungsnotstand in Westberlin schlagartig behoben werden.

Inzwischen hat sich die Starfighter-Affäre zu einem einzigartigen Skandal ausgewachsen. In den letzten 15 Monaten sind 34 dieser "fliegenden Särge" abgestürzt und 18 Piloten verloren dabei ihr Leben, deren Ausbildung jeweils 1,5 Millionen DM kostete. (Seit 1961 stürzten 51 "Witwenmacher" ab, wobei 27 Piloten zu Tode kamen.) Aus diesem Debakel, das ja nur einen Teil der sinnlosen Kriegsrüstung betrifft, ergibt sich ein materieller Schaden von mindestens 300 Millionen DM. Mit dieser Summe könnten die Notstände an allen Hochschulen behoben werden. - Jetzt will man auf 100 "Phantom"-Jäger aus den USA "umrüsten", die je sogar 9 Millionen DM kosten sollen!

### *Wenig Brüderlich*

Anläßlich einer Veranstaltung innerhalb der "Woche der Brüderlichkeit" im Spandauer Geschwister-Scholl-Heim behauptete der Diplom-Politologe Hellmich, daß alle Widerstandskämpfer hohe Entschädigungen erhalten hätten. Ein Jugendlicher antwortete ihm darauf: "Bis heute hat mein Vater, der 7 Jahre im Konzentrationslager gesessen hat, noch nicht einen Pfennig bekommen! Und ihm geht es in Westberlin nicht allein so." Hellmichs Erwiderung, daß es sich dann um "Querulanten" oder Menschen handeln müsse, die "ein verbrecherisches System unterstützen" (womit er Mitglieder der SED-Westberlin meinte), stieß auf entschiedene Ablehnung der Jugendlichen, die sich für eine gleiche und gerechte Behandlung aller Nazi-Verfolgten aussprachen.

# Auschwitzprozess in Berlin

In Berlin begann am 10. März vor dem Obersten Gericht der DDR der Prozeß gegen den ehemaligen SS-Lagerarzt und Stellvertreter des SS-Standortarztes im KZ Auschwitz, Dr. Horst Fischer, der beschuldigt wird, etwa 55 000 bis 75 000 Menschen verschiedener Nationalität, die nach Auschwitz deportiert worden waren, für die sofortige Vernichtung in den Gaskammern ausgesondert zu haben.

Bei dem Prozeß in Berlin, in dem der Präsident des Obersten Gerichts der DDR, Dr. Heinrich Töplitz, den Vorsitz führt, (Anklagevertreter ist Generalstaatsanwalt Dr. Streit), werden - zum Unterschied vom Auschwitz-Prozeß in Frankfurt am Main - nicht nur die Verbrechen des Angeklagten untersucht und erörtert, auch die objektiven Verhältnisse, die sonst "ausgeklammert" oder nur ganz am Rande behandelt wurden, gehören zum Fakt. Die Rolle der am Hitler-Krieg und den Naziverbrechen profitierenden Industrie, insbesondere des IG-Farben-Konzerns wird in diesem Verfahren eingehend dargelegt. Dr. Fischer war nämlich von Okt. 1943 bis Sept. 1944 alleinverantwortlicher Lagerarzt des KZ Auschwitz III (Monowitz), wo er mit dem SS-Sanitäter Neubert (der sich z.Z. in Frankfurt a.M. zu verantworten hat), im dortigen Häftlingskrankenblock und in Arbeitskommandos Selektionen durchgeführt hat. In dieser Funktion hat er "aus dem Häftlingskrankenbau mindestens 4 000 und aus den Arbeitskommandos mehrmals je 200 bis 250 durch die unmenschlichen Arbeitsbedingungen physisch ruinierte Häftlinge für die Vergasung ausgesondert", wie ihm die Anklageschrift (neben weiteren Verbrechen) vorwirft.

Der Angeklagte Dr. Fischer bestreitet diese Verbrechen nicht.

Befragt über die Lebensbedingungen und Lebenserwartungen der Deportierten in den jeweiligen Arbeitskommandos, schilderte Dr. Fischer die fürchterlichen Zustände in dem betriebseigenen Lager der IG-Farben. Als Folge der völlig unzureichenden Ernährung - die IG-Farben billigten den ihnen von der SS zur Verfügung gestellten Häftlingen lediglich 1 300 Kalorien zu - und den harten Arbeitsbedingungen betrug die Lebenserwartung im

konzerneigenen KZ Monowitz im Durchschnitt nur 3 Monate. Wer länger als 14 Tage krank war, wurde "ausgesondert", das heißt: in das Stammlager überstellt, von wo er in der Regel den Weg in die Gaskammer antreten mußte. Dr. Fischer gibt zu, daß die IG-Farben-Herren offensichtlich nicht gewillt waren, mehr Lebensmittel heranzuschaffen. Ebenso verhielt es sich mit den Medikamenten, an denen es an allen Enden und Ecken mangelte, obwohl z.B. der so dringend benötigte Impfstoff für Typhus-Impfungen in einem IG-Farben-Betrieb hergestellt wurde, wurde für die Arbeitssklaven des Konzerns viel zu wenig davon angeliefert.

Ein anderer großer Konzernbetrieb, die DEGUSSA, hatte in Gleiwitz ebenfalls ein eigenes Häftlingslager errichtet, in dem ähnliche Zustände wie im KZ Monowitz herrschten.

Der Prozeß, an dem als Gutachter auch der Direktor des Auschwitz-Museums, Smolen (Polen), und der Leiter einer Untersuchungsabteilung der "Außerordentlichen Staatlichen Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Schandtaten der faschistischen Eindringlinge und ihrer Helfershelfer", Parchomow (SU) teilnehmen, wird voraussichtlich am 25. März abgeschlossen. Die Anklage stützt sich auf Art. 6 des Statuts für den Internationalen Militärgerichtshof in Verbindung mit Art. 5 der Verfassung der DDR (Gesetz über die Nichtverjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen).

Inzwischen verurteilte der 1. Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR den SS-Arzt Fischer zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Dieses Urteil wird von allen überlebenden Opfern der SS sicher mit Genugtuung aufgenommen werden.

# Freierelei Maß in der Justiz

Die Öffentlichkeit spricht nicht ohne Grund von einer Krise in der bundesdeutschen Justiz.

\* Die unterschiedliche Bewertung von Verkehrsdelikten -

\* die Fälle oberster Richter in Karlsruhe wie Fränkel, Jagusch, Rotberger und sonstige -

\* Vorgänge wie die "Spiegel"-Affäre, die zwischen der Verhaftung wegen "abgrundtiefen Landesverrats" und Einstellung des Verfahrens taumelte -

\* Skandale im Strafvollzug bei Verfahren gegen Prominente -

\* die von der Nazijustiz übernommenen belasteten Richter und Staatsanwälte - teils zu neuen Ehren gekommen als "Hüter der Demokratie" oder ungestraft vollpensioniert - -

sie alle und weitere Momente zerstören das Vertrauen in die Justiz.

Die Tricks und juristischen Kniffe, mit denen Verfahren wegen Mordes zu spät eröffnet werden oder gar unterbleiben, wenn es sich um Schuldige aus der NS-Zeit handelt, die milde Auslegung des Rechts zu Gunsten dieser Angeklagten, ihre Bestrafung mit einigen Minuten Haft je Mord oder gar ihre Freisprechung, dagegen die harte Anwendung der Paragraphen gegen Täter der sogenannten Linken und der Friedensbewegung zeigen, daß die Justiz weitgehend wiederum jene verhängnisvolle Rolle spielt, die zum Untergang der Weimarer Republik beitrug.

Diese unrühmliche Tradition findet leider auch ihre Fortsetzung in der parteiischen Handhabung des Strafvollzugs.

Der zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilte Massenmörder M u l k a , ehemaliger Adjutant des Lagerkommandanten von Auschwitz, wurde wegen angeblicher Krankheit aus der Haft entlassen. Zwei seiner Kumpane, S t a r k und B r o a d , ebenfalls zu Zuchthaus verurteilt, befinden sich neuerdings in Freiheit.

Umgekehrt wird bei Deutschen verfahren, die für das Ansehen Deutschlands

gegen Hitler kämpften, wenn sie politisch links orientiert sind oder aktiv in Bewegungen gegen Remilitarisierung und Notstandsgesetze wirken.

Emil B e c h t l e , dessen Bruder von den Nazis erschlagen wurde, und der selbst unter Hitler inhaftiert war, wurde wegen der Teilnahme an der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung verurteilt und in Haft genommen. Ihm wurde nicht gestattet, seine todkranke, inzwischen verstorbene Frau am Krankenbett zu besuchen, obwohl dieser Besuch einen günstigen Einfluß auf den Krankheitsverlauf gehabt hätte.

Fritz R a t h , unter Hitler im Konzentrationslager eingesperrt, wurde trotz seines schlechten Gesundheitszustandes aufgrund eines Urteils des berüchtigten Lüneburger Gerichtes zum Haftantritt gezwungen. Er verbüßt seine Strafe ohne Aussicht auf den Erlaß eines Teils derselben, der bei Kriminellen und ehemaligen Nazis offensichtlich leichter gewährt wird.

Gerda K a h l e aus Wuppertal soll gleichfalls ihre Gefängnisstrafe von 20 Monaten wegen der öffentlichen Kandidatur in einer Wahlgemeinschaft antreten. Sie wird nicht wie Mulka von der Strafverbüßung verschont bleiben, sondern trotz ihrer Krankheit die Haft im Bochumer Gefängnis zu verbüßen haben.

Diese Zustände in der Justiz sind Ausdruck der Krise, auf die hinzuweisen wir uns verpflichtet fühlen. Im Namen des Rechts und in Verteidigung der im Grundgesetz verankerten Gleichheit vor dem Gesetz erheben wir Protest gegen solche unterschiedlichen Praktiken.

(Wortlaut einer Erklärung des Präsidiums der VVN vom 1. März 1966.)

---

DER MAHN RUF  
Mitteilungsblatt für die Mitglieder der VVN Westberlin. Herausgeber: VVN Westberlin, Berlin 44 Boddinstraße 64. Für den Inhalt verantwortlich: Karl W i n k e l

# Die Wahrheit ans Licht bringen

- Tagung der internationalen Forschungsgemeinschaft "KZ Dora" in Berlin -

Seit etwa drei Jahren befassen sich Studentengruppen in Berlin, Prag, Moskau und Pznan mit der Erforschung des KZ "Dora", des unterirdischen Rüstungswerkes und Nebenlagers des KZ Buchenwald bei Nordhausen. Die Initiative zu diesem einzigartigen Vorhaben ging von Prof. Dr. Walter Bartel aus, der einst Vorsitzender der illegalen Häftlingsorganisation im KZ Buchenwald war und heute Prorektor der Humboldt-Universität ist.

Anfang März nun tagten die sonst weit von einander wirkenden Forschungsgruppen erstmals gemeinsam in Berlin unter Teilnahme vieler "Zeugen", nämlich Widerstandskämpfern, die als Häftlinge in "Dora" waren.

Kamerad Prof. Bartel, vielen unserer Mitglieder als seinerzeitiger Vorsitzender der VVN in Berlin bekannt, erklärte in seiner Eröffnungsansprache u. a.: "Das Studium der Geschichte "Doras" ist eine Teilstudie des Gesamtkomplexes des deutschen Faschismus. Die gesamten Vorgänge der Verlagerung von Teilen der Rüstungsindustrie in unterirdische Fabrikationsräume basieren auf den Erfahrungen, die man beim Aufbau des KZ "Dora" machte, wo sich die unselige Allianz zwischen den Rüstungskonzernen, dem Militarismus und dem faschistischen Machtapparat ganz klar zeigt."

Des weiteren: "Die Studenten aus Moskau, Prag, Berlin und Poznan haben beachtliche selbständige Forschungsarbeiten vorgelegt. Das Ziel, das wir uns stellten, war richtig, die Aufgabe ist gelöst worden. Es war die erste, jedoch nicht die letzte derartige Beratung." Als wichtigstes Moment nannte Prof. Bartel: "Die Erforschung der Geschichte dieses KZ durch die Jugend läßt sie zugleich das Vermächtnis der Widerstandskämpfer erfüllen. Es war eine Arbeitsberatung der Jugend, die zeigte, wie ernst es ihr damit ist, die Vergangenheit zu bewältigen. Wir "Alten" haben international gegen Faschismus und Krieg

gekämpft. Jetzt forscht die Jugend als eine internationale Gemeinschaft. Jugend und Alter fanden sich zusammen um den Schwur zu Ehren der Helden des Widerstandskampfes für das Glück und den Frieden der Völker zu erfüllen, Die Einheit zwischen Jugend, Widerstandskämpfern und Wissenschaft wurde hergestellt."

Im Verlauf der Tagung wies der Leiter der Berliner Forschungsgruppe, Laurenz Demps, auf drei Ausgangspunkte hin, die zur Errichtung des unterirdischen Lagers führten: die für eine Serienproduktion reifen Ergebnisse der seit 1929 vom Heereswaffenamt entwickelten Kriegsrakete, die Hoffnung auf eine kriegsentscheidende Wirkung ihres Einsatzes sowie der Mangel an Arbeitskräften. "Ein völlig neuer Typ von Konzentrationslagern nahm hier seinen Ausgangspunkt: Produktionsstätte und KZ entstanden gleichzeitig nebeneinander."

Des weiteren führte Demps aus: Es gab keinen Konzern im Nazireich, der nicht für das Produktionsprogramm der V 2 arbeitete. Fehlendes Material, vor allem aber der Widerstandskampf der Häftlinge brachten es mit sich, daß von 12 000 vorgesehenen Raketen lediglich 5 946 produziert wurden. 3 453 kamen davon zum Einsatz. 2 729 - 22,7 Prozent der geplanten 12 000 - erreichten ihr Ziel, nur in 13 Fällen militärische Objekte, sonst die Zivilbevölkerung. Der Widerstand brachte eine Verschiebung des Einsatzes dieser Terrorwaffe von Januar bis August 1944. Durch Sabotage fielen 20 Prozent der Waffen aus.

Götz Dieckmann berichtete: Der erste Tote des Lagers war im September 1943 der 19jährige Söwjetbürger Nikolaj Mironow. Tausende folgten, die an Epidemien, Unterernährung und durch den Mordterror der SS starben. Im Dezember 1943 bereits 630, prozentual doppelt so viele wie in Buchenwald, von wo nur ausgesuchte, gesunde Häftlinge nach "Dora" kamen.

Mit 107 Buchenwald-Häftlingen vor dem Stolleneingang im Kohnstein bei Nordhausen begann die Belegung dieses KZ Ende August 1943. Im Januar 1944 waren es bereits 11 000. Als ab 29. Oktober 1944 "Dora" als eigenes Lager mit Außenlagern geführt wurde, wurden 32 532 Häftlinge registriert, die sich durch die Kriegslage im Osten bis Februar 1945 auf 39 000 erhöhten. Die chaotischen Zustände forderten allein im Februar / März 1945 rund 2 500 Tote.

Manfred Pautz, der sich speziell mit den Außenlagern beschäftigt, legte eine Liste vor, die insgesamt 50 bisher ermittelte Außenlager namentlich erfaßt, in denen mehr als die Hälfte der Häftlinge arbeitete. Die Aufstellung der im Nordhausen-Prozeß vor dem amerikanischen Militärtribunal 1947 in Dachau vorgelegten Liste von 31 Außenkommandos hat damit durch die Untersuchungen der Forschungsgemeinschaft eine wesentliche Ergänzung erfahren.

Erschütternd waren die vielen Beispiele des Opfermutes, die von ausländischen Studenten und ehemaligen Häftlingen vorgetragen wurden. Der ehemalige Häftling Moulis aus Prag würdigte mit Einzelbeispielen die Häftlinge, die sich freiwillig von Buchenwald nach "Dora" meldeten, um dort illegale Arbeit zu leisten, obwohl ihnen die Zustände in diesem KZ bekannt waren.

Viele solcher Beiträge gab es. Beispiele vom Heldentum der Häftlinge gab Peter Hochmuth in seinem Referat "Menschen im Widerstand". Über die Teilnahme der ehemaligen sowjetischen KZ-Gefangenen zeichnete W. Iwanow aus Leningrad ein Bild. Packende Schilderungen brachten die Erlebnisberichte ehemaliger Häftlinge, damit zugleich wertvolle Hinweise für die weitere Forschungsarbeit gebend.

Die Studenten der Forschungsgemeinschaft stehen mit 170 Personen und Institutionen im Briefwechsel und sammelten auf diese Weise 750 Dokumente, 180 Fotos, 1 300 Blatt der Häftlingskartei und 75 Blatt der

## *Aus der Mottenkiste der Reaktion*

Ein gefragter Artikel aus der 'guten alten Zeit' ist gegenwärtig in Niedersachsen die einzige noch lebende Tochter Wilhelms II., die 74jährige Viktoria-Luise, Herzogin von Braunschweig. Unter den ewig Gestrigen ist ihr Buch "Mein Leben als Tochter des Kaisers" ein Bestseller des Jahres 1966 geworden. Alte Marschierer beiderlei Geschlechts stehen vor den Buchläden niedersächsischer Städte Schlange, in denen jeweils Ihre Kaiserliche Hoheit gnädigst geruhen, höchderoselbst Autogramm an die Untertanen zu erteilen - sofern sie ihr gedrucktes Geschreibsel in harter DM zu erwerben bereit sind.

Anscheinend hat 's Viktoria-Luise nötig, diesem niederen Gewerbe nachzugehen, da ihr Sohn, "Chef aller Welfen" und vielfacher Millionär Ernst August von Hannover, ihr schon vor Jahren die Apanage sperre und sie aus ihrem Wohnsitz, der Marienburg bei Hildesheim, exmittieren ließ. Und auch ihre fürstliche Tochter Friederike, einstige Königin und heutige Königinmutter von Griechenland, zeigt sich ihr gegenüber höchst knickerig. Muß doch schließlich die Miete für die mittleren bürgerlichen Ansprüchen entsprechende Stadtwohnung der auf unsere Zeit überkommenen Kaisertochter bezahlt werden. Dem suchen nun die treuen Untertanen, die im Welfenlande noch zahlreich versammelt sind, durch ihre - bar bezahlte - Literaturbeflissenheit untertänigst zu entsprechen.

SS- Kartei. Endziel der Arbeit der internationalen Forschungsgemeinschaft ist eine Gesamtdarstellung der Geschichte des KZ "Dora", das Nahziel ist eine Dokumentation, die spätestens bis zum Jahre 1968 der Öffentlichkeit vorgelegt werden soll.

# Ein Album von besonderem Wert

Wir wir schon in unserer Januar-Ausgabe mitteilten, wird in Zusammenarbeit mit hervorragenden Philatelisten aus der Widerstandsbewegung die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer in Wien im Jahre 1966 ein Album von Briefmarken der Widerstandsbewegung, des Martyriums, der Befreiung und des Sieges herausgeben.

Das Album, das etwa 150 Seiten stark sein soll, wird Farbdrucke von 1 200 Marken enthalten, die im Krieg und nach der Befreiung von den meisten Teilnehmerländern des zweiten Weltkrieges herausgegeben wurden. Die Abbildungen sind nach Ländern und gemäß folgenden Themen geordnet:

- \* Widerstandskampf;
- \* Kämpfe der alliierten Armeen;
- \* Martyrologie in Gefängnissen, KZ- und Vernichtungslagern und in den besetzten Gebieten;
- \* Befreiung.

## Wer will helfen?

Der heute 46jährige spanische Antifaschist Rodriguez Malquesidez, der bereits 24 Jahre seines Lebens in Francos Kerkern zubringen mußte und jetzt mit seiner Familie in Dortmund lebt, ist von erneuter Verfolgung bedroht. Ihm droht Arbeitsverbot, Gefängnis und Ausweisung aus der Bundesrepublik. Der Prozeß gegen ihn hat am 17. März begonnen. Der Kamerad benötigt für seine Rechtsvertretung dringend Mittel und wandte sich deshalb an die VVN in Nordrhein-Westfalen.

Unsere Organisation, die VVN Westberlin, hat sofort DM 200,- zur Verfügung gestellt, einzelne Kreisorganisationen haben ebenfalls Beiträge überwiesen, so der Kreis Neukölln DM 100,-. Wer sich von unseren Lesern an dieser Solidaritätsaktion beteiligen will, den bitten wir, einen Geldbetrag auf folgendes Postscheckkonto einzusenden: Nr. 8827 PSchA Frankfurt am Main - für: Willi Höhn, Sonderkonto 6 Frankfurt 1.

Jeder Rubrik und jeder Marke werden Erläuterungen für den Sammler beigegeben, der als Philatelist das Ereignis vielleicht nicht kennt, das der Ausgabe der jeweiligen Marke zugrundeliegt. Das Album wird daher zugleich eine Anthologie der Heldentaten des Widerstandskampfes sein, gesehen vom Standpunkt der Philatelie. Der Ausstattung wird größte Sorgfalt gewidmet werden.

Mit der Herausgabe und dem Verkauf dieses Albums bezweckt die FIR:

Die Illustration des gemeinsamen Kampfes der Völker gegen Nazismus und Faschismus, sowohl an der Front als auch im Hinterland sowie in den Konzentrationslagern.

Die Darstellung des Themas "Widerstand und Kampf um die Freiheit" in voller Klarheit für breiteste Kreise, insbesondere für die Jugend.

Der Ertrag des Verkaufes dieses Albums wird der FIR Möglichkeiten weiterer Publikationen und der Propaganda gegen das Wiedererstehen des Nazismus geben.

Die FIR wendet sich an alle Interessierten mit folgender Bitte: Teilen Sie uns Ihre Meinung und Ihre Vorschläge mit! Um zur Verbreitung dieses Werkes, das zweifellos berechtigtes Interesse der Widerstandskämpfer wie auch der Philatelisten finden wird, die besten Mittel auffindig zu machen, wenden wir uns an unsere Leser, an alle Widerstandskämpfer und deren Freunde, an alle Naziopfer. Wir bitten Sie um Bekanntheit Ihrer Meinung über dieses Vorhaben, um Ihre Vorschläge über die Aufmachung des Albums, und daß Sie uns vor allem über die Möglichkeiten der Verbreitung des Werkes in Ihrem Lande informieren.

Das Sekretariat der FIR

Wir bitten die Leser des "Mahnruf", die sich dazu äußern möchten, sich mit ihren Anregungen oder Fragen direkt an die FIR zu wenden.

Anschrift: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer, W i e n II, Castellezgasse 35.

# Hintergründe

Auf der Jahrestagung des "Fränkischen Kreises", die sich mit dem Thema "Deutschland und die europäische Sicherheit" befaßte, (wir hatten davon in der vorigen Ausgabe den Beitrag des französischen Widerstandskämpfers Abbé Glasberg gebracht) sprach u. a. auch der westdeutsche Verleger Manfred Pahl-Rugenstein. Wir bringen einen Auszug aus seiner Rede, in der einige wesentliche Ursachen für die heutige Situation in der Bundesrepublik dargelegt werden.


...Ich glaube, daß der Ausspruch von Erhard in seiner Regierungserklärung, die Nachkriegszeit gehe zu Ende, tatsächlich stimmt: Die Zeit, in der man so schön im Gleichgewicht des Schreckens leben konnte, in der man es sich wohl sein lassen konnte, in der man auch in gewissen Kreisen konformistisch und nonkonformistisch diskutieren konnte und es damit bewenden ließ. Diese Zeit geht wohl tatsächlich zu Ende. Wir leben jetzt am Beginn einer neuen Eskalation der Rüstung, der Atomrüstung, der Ausbreitung der Atomwaffen, am Beginn einer Zeit, in der nach wie vor die beiden großen atomaren Mächte sich nicht bereit erklären, sich gegenseitig umzubringen, in der aber immer mehr das Aufflackern von Ersatzkriegen sich bemerkbar macht, in der das Blockdenken, das Machtdenken in der Welt sich aneinander mißt, Und eines Tages könnte auch Europa ein solches Ersatzschlachtfeld sein: denn wer hat ein Jahr vorher an den Ägyptenkrieg gedacht, wer hat ein Jahr vorher an den Koreakrieg gedacht.

Das sind Tatsachen, die heute über unserem Haupt schweben. Jedoch ich möchte nicht nochmals auf das, was Herr Prof. Rasch zuvor in seinen grundsätzlichen Ausführungen angedeutet hat, hinweisen, nämlich auf die heutige politische und atomare Welt-situation, sondern ich möchte mit einigen Worten auf etwas anderes hinweisen.

Unser Grundgesetz spricht in seinem ersten Satz nicht vom Schutz unseres Staates oder vom Schutz einer Regierung, sondern dieser erste Satz lautet: "DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR." Der Mensch ist es, der die Dinge betreibt, der die Kriege macht oder verhindert, der eine ungeheure Macht darstellt in bezug auf die Zukunft der Völker. Keine Organisationen, Maschinen oder sonstigen Einrichtungen sind es, sondern das

Handeln des Menschen bestimmt. Und darum glaube ich, ist es gerade in diesem Kreise angebracht, einmal zu untersuchen, inwieweit auch die Sicherheit unserer Zukunft vom Verhalten der Menschen abhängig ist, am Verhalten jedes einzelnen Menschen gemessen werden kann. Denken wir z. B. daran, daß zur Zeit Tausende von überdurchschnittlich begabten Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik, aus England und Kanada in die USA abwandern. Es sind allein in den letzten 3 Jahren über zehntausend gewesen, davon fast tausend aus der Bundesrepublik. Es waren Angehörige qualifizierter Berufe, naturwissenschaftlicher, physikalischer, atomphysikalischer Berufe. Muß man dann nicht fragen: Was wird aus unserer Zukunft, wenn wir in der Bundesrepublik gleichzeitig unseren Kulturetät beschneiden, wenn wir die Aufwendungen für Universitäten, für Schulen, für andere Einrichtungen der Wissenschaft und des Fortschritts der Wirtschaft beschneiden und dafür nun ein Rüstungsprogramm von einem kaum tragbaren finanziellen Ausmaß durchführen!

Ich glaube, die Verantwortung, die jeder einzelne auf dem Gebiet der Wissenschaft oder Intelligenz hier hat, ist eine sehr große, und es ist mitentscheidend, wie er sie fühlt, wie er sie auslegt, wie er in seinem Leben schafft und arbeitet! Das ist mitentscheidend in unserer verzahnten Gesellschaft, der Massengesellschaft, für die Zukunft der Völker und damit auch für die friedliche Zukunft Deutschlands.

Wir haben von Erhard das Wort von der formierten Gesellschaft gehört. Und ich glaube, wir haben alle Ursache, darüber nachzudenken, was eine solche formierte Gesellschaft ist, welche Hintergründe sie hat. Entspricht sie den Prinzipien freien, demokratischen, staatsbürgerlichen Zusammenlebens, 

wie unser Grundgesetz sie beinhaltet und wie wir alle sie erstreben und erwünschen? Oder geht es hier darum, dieses freie Spiel demokratischer Kräfte in eine Einbahnstraße zu lenken, die gewissen hintergründigen Interessen des Kapitals und der Macht dienlich oder wünschenswert erscheint? -

Wenn der amerikanische Präsident so sehr bereit ist (er, der vor einigen Monaten nicht die Zeit hatte, einen indischen Staatsmann auch nur eine Sekunde anzuhören), so sehr bereit ist, auf die Terminwünsche Erhards immer wieder einzugehen, ihn zu jeder gewünschten Stunde zu empfangen, so steht dahinter auch das Ziel, Erhard und der Bundesrepublik zu sagen: "Gut, ihr wollt also eine gewisse atomare Mitbeteiligung. Wir haben ja das Projekt der MLF, die Engländer haben auch noch ein Projekt, und dazu brauchen wir Raketen, da brauchen wir Schiffe, neue Bomber, Atombasen usw. Die kosten soundsoviel Milliarden Dollar. Über politische und andere Einzelheiten können wir ja später reden, aber wieviel ihr uns in den nächsten Jahren davon abkauft, darüber wollen wir noch heute zu einem klaren Ergebnis kommen."

Das interessiert nämlich die amerikanische Wirtschaft aus Gründen der eigenen Prosperität. Da werden Hintergründe sichtbar, die mit im Spiel sind, wenn man die wirtschaftlichen und kapitalistischen Verhältnisse in der westlichen Welt von heute betrachtet. Das würde weiter heißen, daß die Bundesrepublik, die Waffenkäufe in erheblichem Umfang tätigen müßte oder selbst mit Rüstung beschäftigt wird, insoweit auch als konkurrierender Faktor auf dem Weltwirtschaftsmarkt ausfällt und damit den Start der amerikanischen Exportwirtschaft erleichtert.

Das sind Dinge, die durchaus im Raum stehen und daher auch die formierte Gesellschaft tangieren, in der es in Verbindung mit den beabsichtigten Notstandsgesetzen und dem Notstandsverfassungsgesetz jederzeit möglich ist, Streikbewegungen und andere unerwünschte Dinge in der Bundesrepublik zu unterbinden, nach dem Verfassungsgesetz alle Versammlungen, auch

nicht öffentliche in geschlossenen Räumen, zu untersagen, ohne das näher zu begründen, und die begleitet ist von einem geheimen "Verfassungsschutz", der niemand gegenüber öffentliche Rechenschaft schuldig ist...

Des weiteren traf Manfred Pahl-Rugenstein Feststellungen über die nazistische Durchsetzung und die grundgesetzwidrigen Praktiken dieses Verfassungsschutzes, über das wiederholt geforderte 'Selbstbestimmungsrecht' und das 'Recht auf Heimat', die er beide als Forderungen charakterisierte, die der völkerrechtlichen Basis entbehren. Der Redner kam auch auf die Scheinmanöver zu sprechen, die die Bundesregierung in der Abrüstungsfrage unternimmt und die bestens durch einen Ausspruch des CDU-Politikers Kiesinger charakterisiert wurden als er vor dem Bundestag erklärte: "Meine Herren, begreifen Sie doch, daß wir erst aufrüsten müssen, bevor wir abrüsten können!"

Abschließend stellte der Verleger fest: ...Es gibt Zehntausende von hervorragenden Köpfen, die zur Zeit sich um die Fortführung der Rüstung kümmern. Aber es gibt noch viel zu wenige, die die Prinzipien friedlichen Zusammenlebens erforschen. Und darum geht es! Auch diese Prinzipien müssen wir mit sehr modernen wissenschaftlichen Mitteln erforschen und auf modernen wissenschaftlichen Wegen mit diesen Prinzipien arbeiten. Es genügt nicht die Existenz einer Welle emotionellen guten Willens, die wir in vielen Völkern weit verbreitet finden. Es ist nötig, daß die politischen Institute der Universitäten und viele andere wissenschaftliche und öffentliche Institutionen sich gerade diesem Problem in einer fortschrittlich und modernen Weise widmen, damit wir auf diesem Wege des friedlichen Zusammenlebens weiter vorankommen. - -

#### Nachbemerkung der Redaktion:

Mit diesem Appell wendet sich Pahl-Rugenstein an jeden Geistesschaffenden. Mit Recht fordert er das, was man gerade jetzt an der Freien Universität und anderen Hochschulen zu unterdrücken, ja, zu verbieten sucht: ein von persönlicher Verantwortung getragenes politisches Engagement.

# Gegen die Verjährung der NS- u. Kriegsverbrechen

In Anlehnung an die auf dem V. Kongreß der FIR in Budapest verabschiedete Entschliebung, die sich gegen die Verjährung der Nazi- und Kriegsverbrechen richtet, beauftragte der Kongreß das Büro der FIR mit folgenden Maßnahmen:

1. der Resolution des Kongresses eine weite Verbreitung zu sichern, sie den Verbänden der Widerstandskämpfer, der Opfer des Nazismus und der Kriegsteilnehmer aller Länder, sowie der Menschenrechtskommission der Organisation der Vereinten Nationen (UNO), dem Europarat und der Presse zu übermitteln;
2. mit Hilfe der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) eine aktive Kontrolle auszuüben, damit alle Nazi- und Kriegsverbrecher, gegen die belastende Dokumente und Zeugenaussagen existieren, tatsächlich unter Anklage gestellt werden und damit auch die gegen sie geführten Prozesse zu ihrer Bestrafung führen;
3. ein Bulletin herauszugeben zum Zwecke der Erleichterung der Suche nach Nazi- und Kriegsverbrechern und entsprechenden Zeugenaussagen sowie zur Berichterstattung über die Prozesse;
4. schon jetzt eine große Kampagne vorzubereiten, um die Verjährung zu verhindern, welche die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ab 1969 in Kraft setzen will.

## Fünf Blockführer des KZ-Sachsenhausen verhaftet

Wegen Teilnahme an der Ermordung von mehr als 10 000 sowjetischen Kriegsgefangenen der sog. "Russenaktion" im KZ Sachsenhausen wurden die folgenden ehem. Blockführer verhaftet:

### Erwin Seifert :

War SS-Oberscharführer und Blockführer. (Isolierungsbaracke und Klinkerwerk) Zeitweise auch im Außenlager Lieberose tätig. Im Lager unter dem Spitznamen "Püppchen" bekannt. Zuletzt wohnhaft in Wasseralfingen / Württ.

### Josef Nägelle :

Im KZ Sachsenhausen Blockführer und unter dem Spitznamen "Knopfreiher" bekannt. Zuletzt wohnhaft in Ingelfingen / Württ.

### Richard Hoffmann :

War lange Zeit Blockführer in der Isolierung und auf dem Klinkerwerk in den Jahren 1937 - 42. Tauchte in Österreich unter und wurde dort verhaftet.

### Heinz Beerbaum :

Von den Häftlingen in Sachsenhausen erhielt er den Beinamen "Windhund". Von 1936 bis 1939 Blockführer. Dem heute 51 Jahre alten Beerbaum wird Mord an 15 politischen Häftlingen vorgeworfen. Zuletzt wohnhaft in Homburg / Saar.

### Arthur Braun :

War bereits in den Jahren 1937/39 als Blockführer tätig. Außerdem unterstand ihm damals auch noch die Strafkompagnie. Braun wird des Mordes in 12 Fällen beschuldigt. Zuletzt wohnhaft in Homburg / Saar.

Wir fordern alle Sachsenhausener, die diese ehemaligen SS-Unterführer kennen oder etwas über ihre Verbrechen wissen, auf, sich umgehend an das Präsidium der VVN, Frankfurt a. M., Rossertstraße 4, oder direkt an die Staatsanwaltschaft Köln, Appellofplatz, zu wenden.

# FRITZ HECKERT

Vor 30 Jahren, am 7. April 1936, starb der antifaschistische Widerstandskämpfer Fritz Heckert fern der Heimat in Moskau. Das Grab dieses Vorkämpfers für die Rechte der arbeitenden Menschen befindet sich an der Mauer des Kreml.

Fritz Heckert, 1884 in Chemnitz geboren und Maurer von Beruf, entstammte einer alten Sozialistenfamilie. Schon 1905 in Essen und 1906 in Berlin war er an Streiks führend beteiligt. Um 1907 einen erneuten Streik der Berliner Bauarbeiter zu sichern, forderte er alle jungen und ledigen Kollegen zum Verlassen Berlins auf. Der Streik wurde zu einem großen Erfolg und Fritz Heckert traf dann viele Berliner Maurer an der Nordseeküste bei den großen Bauten für die Kaiserliche Marine wieder, wo er abermals mehrere große Streikaktionen mit Erfolg leitete.

Als bei Ausbruch des ersten Weltkrieges die sozialdemokratischen Führer den Kriegskrediten zustimmten und Ernst Heilmann in der "Volksstimme" schrieb "Ich gehe zu Hindenburg", nahm Fritz Heckert leidenschaftlich dagegen Stellung. Er stellte sich an die Seite von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin und Franz Mehring. Das Büro des Chemnitzer Bauarbeiter-Verbandes wurde unter seiner Leitung zu einem Sammelpunkt der Kämpfer gegen den Burgfrieden. Immer wieder wurde Fritz Heckert wegen seines Widerstandes gegen den Krieg inhaftiert und 1917 wegen "staatsfeindlicher Umtriebe" aus der SPD ausgeschlossen. Doch im November 1918 wurde er von den Arbeitern befreit und zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates in Chemnitz gewählt. Dortige Großindustrielle betrieben seine erneute Festnahme durch reaktionäre Offiziere der Ulanen und nur das mutige Einschreiten von Chemnitzer Arbeitern bewahrte ihn vor dem Erschießungstode.

Fritz Heckert setzte sich schon damals für eine enge Zusammenarbeit mit der jungen Sowjetunion ein. Deshalb wurde er von den rechtssozialdemokratischen Führern beschimpft, von der Weimarer "Demokratie" verfolgt und 1919 erneut verhaftet und auf dem Königstein eingesperrt. Nach dem Kapp-Putsch im Jahre 1920 war er gezwungen in die Illegalität zu gehen, die erst durch seine Wahl in den Reichstag aufgehoben wurde.

Fritz Heckert war ein glänzender Redner, der seine Zuhörer begeistern konnte. Er verstand es, die kompliziertesten Probleme jedem verständlich zu machen. Die Arbeiter liebten ihn, doch die Feinde der Freiheit und des Rechtes fürchteten und verfolgten ihn mit tiefem Haß. Als er 1931 auf einer Parteikonferenz in Gelsenkirchen für die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus eintrat, wurde die Versammlung von Nazibanditen überfallen und Fritz Heckert schwerstens mißhandelt. Die erlittenen Verletzungen trugen mit zu seinem frühen Tode bei. Fritz Heckert war in die Sowjetunion gegangen und nahm von dort aus weiterhin und führend an dem Kampf gegen die inzwischen errichtete Hitler-Diktatur teil. Am 6. April 1936 leitete er anlässlich des 50. Geburtstages des eingekerkerten Freundes Ernst Thälmann eine Befreiungskampagne für alle gefangenen deutschen Antifaschisten ein. Am darauf folgenden Morgen hatte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gesetzt. Die Widerstandsbewegung, die deutschen Arbeiter hatten einen ihrer Besten verloren. Zehntausende Arbeiter aus den Moskauer Betrieben gaben dem deutschen Antifaschisten Fritz Heckert ein letztes Ehrengelicht.